



Geldschwemme: Verlagschefs Ringier, Supino, Hersant, Wanner (v.l.).

# Subventionen für Milliardäre

Der Bund will die grossen Verlage noch stärker unterstützen. Dabei weiss schon heute niemand, wer wie viel einsackt. Sicher ist: Das Steuerzahlergeld landet bei Reichen und Superreichen.

Bruno Hug

**N**och bis zum 1. Oktober läuft die Referendumsfrist gegen das vom Parlament im Juni abgesegnete «Massnahmenpaket zugunsten der Medien». Mit diesem «Paket» möchten Bundesrat und Parlament die jährlichen Subventionen an die Schweizer Medien von heute 50 auf 178 Millionen Franken hochschrauben.

Als Mitglied des Komitees, das gegen dieses Gesetz das Referendum ergreift, wollte ich deshalb von Bern wissen, wer mit dem Staatsgeld bedient werden solle. Ich kam auf die Welt: Der Bund weiss das oft nicht einmal selbst.

## Unverschämtes Komplott

Zuerst zum Mediensubventionsgesetz: Wie ich noch belegen werde, würden von den künftigen 178 Subventionsmillionen praktisch durchwegs die heute arrivierten Verlage profitieren. Zugleich werden Gratismedien, ob Zeitung oder Online, vom staatlichen Geldsegen ausgeschlossen. Mit dieser gezielten Marktverzerrung würde der Bund den heutigen Medienkonzernen deren Monopole absichern und sie im Gegenzug mit Staatsgeld gefügig machen. Das «Massnahmenpaket zugunsten der Medien» ist somit nichts anderes als ein unverschämtes Komplott zwischen Politik und Medien.

Wie dieses befremdliche Spiel schon heute funktioniert, zeigen folgende Fakten: Erstens beglückt der Bund die Medien (grundlos) mit einem reduzierten Mehrwertsteuersatz von 2,5 Prozent. Damit schenkt er den Verlegern jährlich rund 130 Millionen Franken.

Weitere 50 Millionen Franken schickt er jedes Jahr der Post, damit die Verlage ihre Zeitungen und Zeitschriften zum Billigtarif verteilen können.

Zusätzlich schenkt Bundesbern den privaten Medien Jahr für Jahr 81 Millionen aus den SRF-Zwangsgebühren zu. Daraus resultiert, dass private TV-Lokalsender wie La Télé (Waadt), Canal 9 (Wallis) oder TV Südostschweiz jährlich und ohne nachfragen zu müssen je rund 5 Millionen Franken erhalten! Andere lokale TV-Stationen wie Tele M1, Tele Top, Tele Ticino, «TVO – Das Ostschweizer Fernsehen», Tele Bärn und so weiter werden jährlich mit 3 bis 4,5 Millionen beschenkt.

Ähnliches geschieht bei den Lokalradios, die wie die lokalen TV-Sender fast durchwegs in Händen der Verleger sind. Sie erhalten – pro Radio – jedes Jahr zwischen 1,2 und 3,4 Millionen Franken. Die Höchstsumme geht an Radio Arc Jurassien, dann folgt Radio Südostschweiz mit 3,2 Millionen.

Daraus ergibt sich ein Beispiel, das exemplarisch zeigt, wie schädlich Mediensubventionen sind: Der Churer Somedia-Verlag wird für sein Lokalradio und sein Lokal-TV pro Jahr mit 8,1 Millionen Franken subventioniert. Dazu kommen noch die Subventionen für die Zeitungsverteilung sowie Inseraten- und Staatsaufträge. Dass gegen derartige Subventionsriesen – ob

*Dass Bund und Verleger verheimlichen möchten, wer wie viel davon profitiert, leuchtet ein.*

in Graubünden oder anderswo – nie mehr Konkurrenz aufkommen kann, ist klar. Ebenso klar ist, dass damit auch die Medien- und Meinungsvielfalt am Ende ist.

Speziell deutlich hat sich in der Corona-Krise gezeigt, wie sich die Politik den Medien reflexartig andient und deren Gunst kauft. Obwohl allein die vier grössten Verlage im letzten Corona-Jahr operativ 275 Millionen Franken verdient haben, schickte der Bundesrat den Schweizer Medien als Corona-Entschädigung – einfach so – 77,5 Millionen Franken.

Davon erhielten die lokalen Fernsehstationen je 901327 Franken überwiesen und die Privat-

radios je 487 128 Franken. Der Nachrichtenagentur Keystone-SDA liess der Bundesrat 10 Millionen überweisen. Und gut 20 Millionen schickte er der Post, damit die Verleger ihre Zeitungen während Corona eineinhalb Jahre lang praktisch gratis verteilen konnten.

### Tipp vom Verlegerverband

Wer derart viel Geld verteilt, müsste eigentlich wissen, wer es erhält. Deshalb fragte ich am 22. Januar 2021 beim Bundesamt für Kommunikation (Bakom) nach, welcher Verlag von den jährlichen 50 Millionen, die der Bund der Post überweist, in welchem Ausmass profitiere. Zugleich interessiere, wer wie viel von den 30 Corona-Millionen, die der Bund der Post und der Nachrichtenagentur Keystone-SDA zuschob, für sich abzweigen könne.

Doch das Bakom wehrte die Fragen eisern ab. Es schrieb, es überweise die Gelder an die Post und die Nachrichtenagentur. Wie viel an welches Verlagshaus gehe, sei für das Bakom «nicht relevant». Fazit: Der Bund verteilt 80 Millionen und weiss nicht, wer sie erhält!

Auch der Verlegerverband schweigt. Sein Geschäftsführer teilte dem Komitee «Staatsmedien Nein» mit, wer von den künftigen 178 Millionen wie profitiere, wisse man nicht. Der Geschäftsführer des Verbandes wies aber noch darauf hin, dass das welsche Onlineportal Heidi.news zur Verteilung der Staatsmillionen Schätzungen gemacht habe. Da der Tipp vom Verlegerverband selbst kam, dürften die Zahlen verlässlich sein:

Am meisten würde der Tamedia-Verlag (TX Group) der Verlegerfamilien Coninx/Supino profitieren, deren Vermögen auf 1 bis 1,5 Milliarden geschätzt wird (Tamedia-Chef Pietro Supino ist Präsident des Schweizer Verlegerverbandes).

Zweitgrösster Profiteur wäre der auf Schloss Bickgut ob Würenlos residierende Medienfürst Peter Wanner mit seinem CH-Media-Imperium (er ist Vizepräsident des Verlegerverbandes).

Platz drei der Subventionsbezüger würde der Ringier-Verlag belegen. Das Vermögen der Ringiers wird gemäss der hauseigenen Zeitschrift *Bilanz* auf rund eine Milliarde Franken geschätzt.

Auf Platz vier würde es der begüterte Südostschweiz-Verleger Hanspeter Lebrument schaffen (er war vor Tamedia-Chef Supino Präsident des Verlegerverbandes).

Platz fünf ginge an den NZZ-Verlag. Und Profiteur Nummer sechs wäre das welsche Verlagshaus ESH Médias von Philippe Hersant. Auch er soll Milliardär sein.

Hochrechnungen zeigen, dass die sechs grössten Verlagshäuser von den jährlichen 178 Subventionsmillionen gegen drei Viertel respektive 130 Millionen Franken einsacken würden. Den Rest würden sich die weiteren Verleger des Landes aufteilen. Auch sie durchwegs vermögende Leute und gutsituierte Firmen. Dank dem neuen Subventionsgesetz würden

die Verlage künftig aber nicht nur von der tiefen Mehrwertsteuer, der subventionierten Zeitungsverteilung und vom SRG-Topf profitieren, sondern erhielten auch noch Staatsgeld für ihre Nachrichtenagentur, für IT-Projekte und Online-Abos. Für Letztere würde ihnen der Bund zusätzlich 60 Prozent des eingegangenen Abonnementgeldes überweisen. Wieder: einfach so, frei Haus!

Dass Bund und Verleger bei dieser Geldschwemme verheimlichen möchten, wer wie viel davon profitiert, leuchtet ein: Beim Bund scheut man sich wohl davor, offenzulegen, dass mit dem Steuergeld des Volks reiche Privatpersonen und Aktionäre subventioniert werden. Und den Verlegern dürfte es umgekehrt peinlich sein, wenn öffentlich wird, wie sie des Geldes wegen ihre Funktion als vierte Macht im Staat verscherbeln.

### NZZ-Verlag rettet seine Ehre

Es bleiben mir noch drei Anmerkungen: Ich habe nichts gegen reiche Leute, Millionäre oder Milliardäre. Aber wenn sie beim Staat das sauer verdiente Steuergeld ihrer Kunden abholen wollen, ist das eindeutig zu viel des Guten.

Zweitens: Am 28. Juli hat der NZZ-Verlag mitgeteilt, dass er zwar vom neuen Medienförderungsgesetz profitieren würde, das Gesetz aber trotzdem ablehne. Das Medienhaus rettet damit seine publizistische Ehre – und dürfte gleichzeitig realisiert haben, dass die sogenannte «Medienförderung» nächsten Frühling vom Volk wohl bachab geschickt werden wird.

Erfreulich ist drittens auch, dass sich 72 Mitte- und bürgerliche Politikerinnen und Politiker zusammenschlossen haben und sich gegen das neue Mediengesetz stellen. Sie wollen nicht, dass der Staat die Medien kauft. Oder wie es Mitte-Ständerat Benedikt Würth (SG) ausdrückt: Die Medien müssten die Politik kontrollieren und nicht die Politik die Medien.

Bruno Hug ist Verleger des Online-Verbundes Portal 24, Vorstand des Referendumskomitees [www.staatsmedien-nein.ch](http://www.staatsmedien-nein.ch) und Präsident des Verbandes Schweizer Online-Medien (VSOM).



## INSIDE WASHINGTON

### Neuer Stern des Südens

Aufgepasst, Gouverneur Ron DeSantis. Die politischen Gewässer in Florida mögen zwar warm sein, aber am Himmel der Republikaner ist ein neuer Stern aufgetaucht, der immer heller strahlt. Tim Scott, Senator von South Carolina, erzeugt Interesse und Spenden für eine mögliche Präsidentschaftskandidatur 2024. Wie das Portal *Politico* berichtet, ist der afroamerikanische Konservative, der Ex-Präsident Donald Trump trotzte, «still und leise zu einem mächtigen Geldbeschaffer und einer wichtigen Kraft geworden».

Scott wurde erstmals 2013 von der damaligen Gouverneurin Nikki Haley in den Senat berufen und gewann im folgenden Jahr eine Sonderwahl. Sein Sieg machte ihn zum ersten Afroamerikaner, der seit dem Bürgerkrieg einen Südstaat in diesem Gremium vertritt. Während die Mainstream-Medien ständig unterstellen, Scott verdanke seinen Status gezielter Schwarzenförderung seiner Partei, haben ihn die Wähler im sogenannten Palmetto State 2016 mit einem Vorsprung von 21 Punkten auf seinen schwarzen demokratischen Rivalen wiedergewählt.

Auf dem Covid-Kongress der Republikaner im Sommer letzten Jahres machte Scott am Eröffnungsabend mit seinem Auftritt Furore. Im April dieses Jahres stand er erneut im Mittelpunkt, als er die republikanische Antwort auf Präsident Joe Bidens erste Rede vor dem Kongress gab.

Diese Auftritte im Scheinwerferlicht haben funktioniert. Nach Angaben des Meinungsforschungsinstituts Yougov haben 54 Prozent der Amerikaner schon einmal von Scott gehört. Bei den Republikanern rangiert er auf Platz 18 der Yougov-Liste der 110 bekanntesten republikanischen Politiker.

Der Wind dreht sich, das Schicksal ändert sich. Aber im Moment ist Scott politisches Gold.

Amy Holmes